

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Zweite Ausgabe

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

328

Wien, am 2. Dezember 1932

## Der städtische Voranschlag für 1933.

### Die Verhandlungen im Stadtsenat und Finanzausschuss abgeschlossen.

Der Wiener Stadtsenat beendete heute gemeinsam mit dem städtischen Finanzausschuss die Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1933.

In Fortsetzung der Spezialdebatte referiert Stadtrat Honay über das Kapitel "Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten"; er begründet die geringeren Ansätze in dieser Gruppe damit, dass die Personal- und Sachverfordernisse auf andere Gruppen übertragen worden seien. Die Feuerwehr erhalte ungefähr die gleiche Dotation, deren Schlagkraft erfahre keine Verminderung. Die Ausgaben für die Museen, Sammlungen und Bibliotheken sowie für die Kunstförderung seien im wesentlichen unverändert geblieben.

Gemeinderat Dr. Zörnlaib verlangt eine Aufstellung über die Kosten der Drucklegung der stenographischen Protokolle des Gemeinderates, die der Berichterstatter zusagt. Hierauf werden die Ansätze dieser Verwaltungsgruppe genehmigt.

### Die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen.

Jeber die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für das Geschäftsjahr 1933 berichtet Vizebürgermeister Emmerling; er führt unter anderem aus, dass die Wirtschaftspläne auf Grund der Wahrnehmungen des laufenden Geschäftsjahres aufgebaut seien. Das Gaswerk schliesse nach Abschreibungen von Anlagewerten im Ausmasse von rund 10 Millionen Schilling und einer Rücklage für Ruhe- und Versorgungsgenüsse im Betrage von 500.000 Schilling mit einem Gebarungsüberschuss von 117.000 Schilling. Für Investitionen seien mehr als 7 Millionen Schilling vorgesehen, die ihre Bedeckung aus den Abschreibungsbeträgen und Kassenbeständen finden.

Auch die Elektrizitätswerke präliminieren einen bescheidenen Gebarungsüberschuss nach Abschreibungen von mehr als 14 Millionen Schilling und einer Rücklage für Ruhe- und Versorgungsgenüsse in der Höhe von 500.000 Schilling. Die Elektrizitätswerke haben für Investitionen und Restzahlungen für Investitionen aus dem Vorjahre rund 8'5 Millionen Schilling vorgesehen.

Die Strassenbahnen haben für Investitionen rund 4'7 Millionen Schilling präliminiert. Für 1933 werden 105 Millionen Schilling an Einnahmen aus der Personenbeförderung erwartet. Im Vergleich mit den Betriebsrückgängen der Strassenbahnen reichsdeutscher Städte sei Wien noch immer gut daran, was in erster Linie auf die vielfachen Begünstigungen, wie Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine, Wochen- und stark ermässigte Monatskarten, die den Verkehr beleben, zurückzuführen sei.

Das Brauhaus sehe einen Gebarungsüberschuss von 300.000 Schilling vor und präliminiert für Investitionen 250.000 Schilling.

Der voraussichtliche Gebarungsüberschuss der Leichenbestattung betrage 172.000 Schilling, die Investitionen seien mit 87.000 Schilling vorgesehen.

Die städtische Ankündigungsunternehmung "Gewista" erwarte einen Ueberschuss von 110.000 Schilling.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Ausgabe  
Zweites Blatt

Wien, am 2. Dezember 1932

Stadtrat Kunschak bemerkt, dass die Strassenbahnen, ein für die Stadt lebenswichtiger Betrieb, zu vielen berechtigten Klagen Anlass geben; die Betriebsführung lasse alles zu wünschen übrig. Im Gegensatz zum Referenten sei die christlichsoziale Fraktion der Meinung, dass nur eine Aenderung der Tarifpolitik einen Wandel in der Frequenz schaffen könne. Die Stadtbahn gebe ebenfalls zu vielen Klagen Anlass. Wie soll die Strassenbahn in der Zukunft weitergeführt werden? Bis jetzt werde auf jedes Defizit mit einer Verkehrseinschränkung geantwortet; so aber könne es nicht weitergehen, denn sonst laufe die Verwaltung in die Gefahr, den Betrieb einmal ganz einstellen zu müssen. Bei der städtischen Leichenbestattung sei eine Aenderung der Tarife vor allem in den unteren Klassen unerlässlich. Im Zentralfriedhof müsse ein entsprechender Bewachungsdienst eingerichtet werden, weil die Diebstähle von Kränzen und dergleichen und die Devastierungen ständig zunehmen.

Stadträtin Dr. Motzko führt aus, dass nach einer Mitteilung, die ihr zugekommen sei, die Gas- und Elektrizitätswerke Installationen durchführen, die den privaten Installateuren zukommen sollten. Die Einstellung dieser Arbeiten müsse im Interesse des Gewerbes gefordert werden.

Stadtrat Frauenfeld verlangt, dass die für die Abschreibungen vorgesehenen Beträge für Investitionen verwendet werden. Die Strassenbahn sei kein Verkehrsmittel mehr, sondern schon ein Verkehrshindernis. Bei den Betriebseinschränkungen werde auf die Bevölkerung überhaupt nicht Rücksicht genommen. Der Wirtschaftsplan für das Brauhaus sei von einem Optimismus erfüllt, der nach keiner Richtung hin gerechtfertigt sei. Die Leichenbestattung müsse als gemeinnütziges Unternehmen geführt werden, nicht aber nach streng kaufmännischen Grundsätzen.

In seinem Schlusswort entgegnet der Berichterstatter, es gäbe heute keine Strassenbahn, die ohne Defizit arbeite. Unter der früheren Verwaltung seien bei der Strassenbahn Ueberschüsse einkalkuliert und trotzdem Tarifierhöhungen vorgenommen worden. Mit diesem System habe die derzeitige Verwaltung restlos gebrochen. Unrichtig sei es, dass die städtische Leichenbestattung zu hohe Tarife habe; sie sei auch kein Monopolunternehmen, sondern stehe mit den privaten Leichenbestattungen in schärfster Konkurrenz. Die Gas- und Elektrizitätswerke führen keine Installationen durch, solche werden durchwegs vom zuständigen Installationsgewerbe ausgeführt. Die Unterlassung der Abschreibungen müsse aus kaufmännischen Gründen abgelehnt werden.

Die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen werden hierauf genehmigt. Stadtrat Dr. Danneberg berichtet sodann über das Kapitel "Bilanz und Bedeckung", das ebenfalls angenommen wird.

Die Beratungen über den städtischen Voranschlag für das Jahr 1933 und über die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für das Geschäftsjahr 1933 sind damit abgeschlossen. Die Verhandlungen über den Voranschlag und über die Wirtschaftspläne werden im Gemeinderat der Stadt Wien am Mittwoch, den 14. Dezember, um 17 Uhr beginnen.